

KLARTEXT



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Unter Vorbehalt

Das ifo-Institut hat seine Wachstumsprognose für 2016 auf 1,8 % erhöht. Die Konjunkturforscher erwarten einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 6,1 % und eine Zunahme der Erwerbstätigen. Die Inflationsrate werde von 0,3 % im vergangenen Jahr über 0,5 % in 2016 auf 1,5 % im kommenden Jahr steigen. Die Exporte, die 2016 „nur“ um 2,6 % zulegen, sollen im nächsten Jahr um 4,1 % wachsen. Veröffentlicht worden ist diese Prognose allerdings vor dem Brexit, dessen Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur derzeit noch nicht absehbar sind.

Lehren aus dem Brexit

Der Ökonom Thomas Mayer empfiehlt, aus dem Brexit folgende Lehren zur Verhinderung von Kettenreaktionen zu ziehen: „Um dies zu vermeiden, müssten die bestehenden EU-Programme auf ihre Bürgerverträglichkeit geprüft werden. Bei der Währungsunion müsste die finanzielle Umverteilung unter Euroländern über Beistandsprogramme und die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) klar begrenzt werden. Bei der Bankenunion müsste der Vergemeinschaftung der Haftung durch eine gemeinsame Einlagenversicherung ein Riegel vorgeschoben werden. Der Fiskalunion durch Steuerharmonisierung und Vergemeinschaftung der Staatsfinanzierung durch die EZB-Ankaufprogramme müsste eine Absage erteilt werden. Und schließlich müsste der Entstehung einer Sozialunion durch Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme entgegengetreten werden. All dies wird nicht ohne eine Einhegung des Europäischen Gerichtshofs abgehen, der durch seine integrationsfreundliche Auslegung des Europarechts gewachsene nationale Rechtsnormen aushöhlt. Nationale Parlamente müssen die Herren über die EU-Institutionen bleiben. Diese Institutionen und das Europäische Parlament dürfen sich nicht immer weitere Kompetenzen anmaßen.“

Das gebrochene Wort

Trotz eines rasanten Anstiegs der Steuereinnahmen um 3 % in 2016 zeigt die Bundesregierung keinerlei Neigung, den vor 25 Jahren eingeführten Solidaritätszuschlag – wie damals versprochen – komplett zu streichen. Im Gegenteil: Die Soli-Einnahmen in Höhe von derzeit 16 Mrd. Euro scheinen für die Haushälter zum festen Bestandteil auf der Haben-Seite geworden zu sein, obwohl nur die Hälfte davon noch den neuen Ländern zugute kommt. Die meisten Politiker wollen den Soli in den Einkommenssteuertarif integrieren, also fest im staatlichen Besitzstand fixieren. Es gilt folglich das gebrochene Wort. Dieselben Politiker wundern sich merkwürdigerweise über wachsende Politikverdrossenheit. Auch Wirtschaftsminister Gabriel will nicht auf die Soli-Einnahmen verzichten. Es wäre ein Gebot der Ehrlichkeit und Transparenz, die Bürger noch vor der Bundestagswahl über diese faktische Steuerhöhung aufzuklären.

Chance verpasst

Der mühsam von der GroKo ausgehandelte Kompromiss zur Reform der Erbschaftssteuer scheint am Widerstand rot-grüner Länderfinanzminister zu scheitern. Ifo-Präsident Fuest hatte zuvor folgende Kritik am Entwurf geübt: „Die Politik hat erneut die Chance zu einer grundlegenden Reform der Erbschaftsteuer verpasst. Die jetzt beschlossene Reform hält fest an der Kombination aus

hohen Steuersätzen und komplexen Ausnahmen für Betriebsvermögen. Bei Steuersätzen bis zu 50 Prozent ist es unvermeidlich, große Ausnahmen für Betriebsvermögen zu gewähren, weil sonst wirtschaftlicher Schaden droht. Es ist aber unmöglich, so zu einer gerechten und wirtschaftlich tragbaren Erbschaftsteuer zu kommen.“ Wie auch immer das Polit-Gerangel in Berlin ausgehen wird: Auch das neue Erbschaftsrecht wird sich als nachhaltige ABM-Maßnahme für Anwälte und Steuerberater erweisen.

Verbot von Gas- und Ölheizungen?

Unter der Überschrift „Klimadiktatur“ kommentiert die FAZ die Auswirkungen des „Klimaschutzplans 2050“, dessen Entwurf vom Umweltministerium vorgelegt worden ist. Als Kernziel ist dort formuliert: „Die Energieerzeugung muss spätestens bis 2050 nahezu vollständig CO₂-neutral erfolgen“. Im Bausektor soll „deutlich mehr und deutlich schneller“ in die Optimierung des Bestands investiert werden. Für neue Häuser sollen die Anforderungen verschärft, Altbauten bis 2050 „weitestgehend klimaneutral“ werden. Für die SHK-Branche von besonderem Interesse: Gas- und Ölheizungen in Neubauten sollen von 2030 an verboten werden. Und die Förderung für den Austausch fossiler Kessel soll ab 2020 gestrichen werden. Stattdessen sollen alte und neue Häuser besser gedämmt werden. Ansonsten bietet der Entwurf kaum praxisrelevante Ansätze zur künftigen Sicherstellung wohliger Wärme in deutschen Wohnzimmern. Es wäre fahrlässig, dieses Papier als Konglomerat grüner Wirrungen abzutun. Denn: Der Entwurf hat offenbar bereits die Zustimmung des Bundeswirtschaftsministeriums gefunden. Derzeit liegt er dem Bundeskanzleramt zur Prüfung vor.

Über die Verhältnisse

Die 20,5 Mio. deutschen Ruheständler erleben derzeit die größten Rentenerhöhungen seit 23 Jahren. Der durchschnittliche Zuwachs beträgt in Westdeutschland 4,25 %, in den neuen Bundesländern sogar 5,95 %. Damit ist angesichts der aktuell niedrigen Geldentwertung eine erhebliche Stärkung der realen Kaufkraft verbunden. Die für die alten Menschen erfreuliche Entwicklung kann allerdings nicht davon ablenken, dass Deutschland wieder einmal über seine Verhältnisse lebt. Denn: Der Sozialstaat wächst schneller als die Wirtschaft. So sind die Sozialausgaben 2015 gegenüber dem Vorjahr um nominal 4,5 % auf 888,2 Mrd. Euro gestiegen. Damit ist das Sozialbudget das vierte Jahr in Folge schneller gewachsen als die Wirtschaft. Die größte Einzelposition bilden die Renten. Vor diesem Hintergrund hat sich die große Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissenschaftler für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters über 67 ausgesprochen. Unstrittig ist, dass sich die Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern deutlich verschlechtern wird. Immer weniger Arbeitnehmer müssen für immer mehr Ruheständler aufkommen. Gleichwohl wächst gerade in Vorwahlzeiten die Neigung der Parteien, durch neue Wohltaten Punkte bei den Rentnern zu sammeln. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat kürzlich die Bundesregierung aufgefordert, den „unpopulären Schritt“ einer Anhebung des Renteneintrittsalters zu gehen. Dieser Appell scheint von den Entscheidern der großen Koalition bewusst überhört worden zu sein. Mehr denn je tut man das, was ankommt, nicht aber das, worauf es ankommt.